



Miltalbadener Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inland monatlich 1,60 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Circulanz Nr. 50 bei der Oberamts-Poststelle Neuenburg Zweigstelle Wildbad. — Postamt: Enztalbote S. B. & Co., Wildbad; Bismarck-Verlag Wildbad. — Postfachkonto 29174 Stuttgart.
Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile für einen Tag im Bezirk 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restzahlung 50 Pf. — Abdruck nach Tarif. Für Offizien und bei Anstaltsverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachträgliche Wegnahme. — Druck, Verlag u. veranm. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Bismarckstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 218

Februaf 479

Samstag den 17. September 1932

Februaf 479

67. Jahrgang.

Der Präsidenteneid

Von einer sehr maßgeblichen Persönlichkeit wird den Leipz. N. Nachrichten geschrieben:

Die Reichsverfassung kennt keinen Unterschied zwischen einem „Präsidentenkabinett“ und einem „parlamentarischen oder Koalitionskabinett“. Sie enthält keine Einzelbestimmungen über die Bildung des Kabinetts durch den Reichspräsidenten dahingehend, daß dieser nach Belieben oder je nach der politischen Lage entweder ein parlamentarisches oder ein Präsidialkabinett zu bilden habe. Sie bestimmt lediglich im Artikel 53, daß der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen werden, und in dem folgenden Art. 54, daß der Reichskanzler und die Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags bedürfen und daß jeder von ihnen zurücktreten muß, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Bei sinngemäßer Auslegung der Verfassung ist es klar, daß die Regierung nicht gebildet werden darf lediglich nach Maßgabe der Kräfteverhältnisse der Fraktionen, sondern daß der Reichspräsident in erster Linie das Staatswohl und die Staatsnotwendigkeiten zu berücksichtigen hat. Der Eid, den der Reichspräsident bei Übernahme seines hohen Amtes leistet, hat folgende Form:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohl des deutschen Volks widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reichs wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Diese Verpflichtung schließt die Aufstellung einer Parteienregierung aus. Der Art. 130 der Reichsverfassung schreibt überdies vor, daß die Beamten Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei sind. Das trifft selbstverständlich auch auf den Reichskanzler und die Reichsminister zu, die bei ihrem Amtsantritt dementsprechend den besonderen Eid leisten müssen, daß sie ihre Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen werden.

Den Reichspräsidenten trifft die Verantwortung dafür, daß der Gesichtspunkt der Überparteilichkeit des Kabinetts, den der zunehmende Machtkampf der Parteien im Lauf der Jahre zu vernachlässigen drohte, eingehalten worden ist, und daß das Wohl der Gesamtheit bei der Kabinettsbildung an erster Stelle Berücksichtigung findet. Nach Artikel 1 der Reichsverfassung geht die Staatsgewalt vom Volk aus. Das Volk wählt in Ausübung dieser Staatsgewalt den Reichspräsidenten und den Reichstag. Bei dem Reichspräsidenten liegt die Vollgewalt und damit die Vollvertretung. Es ist falsch, den Reichstag im Gegensatz zum Reichspräsidenten als „Vollvertretung“ zu bezeichnen. Der Reichspräsident ist nach einem einfacheren und gesünderen Wahlverfahren gewählt als der Reichstag. Das Vertrauen in die Person kommt bei seiner Wahl ungleich stärker zur Geltung als bei dem für die Reichstagswahl vorgeschriebenen Listenwahlverfahren, bei dem der Wähler die meisten Kandidaten nicht kennt.

Im Vergleich zum Reichstag, dessen Entschlüsse parteiliche Zerklüftung und Abhängigkeit von den Wählern trüben, ist der Reichspräsident als eine weit autoritativere Vertretung des Volkes anzuerkennen. Seine mannigfaltigen Erkenntnisquellen gewährleisten eine Übersicht über die Staatsnotwendigkeiten, die eine Vielzahl von 600 Menschen in dieser Klarheit nicht haben kann. Er ist der oberste Chef der Vollzugsgewalt. Mit ihm ist die Reichsregierung darum näher verbunden als mit dem Reichstag, dem Träger der gesetzgebenden Gewalt. Das den ganzen Volkskörper in seinen Tiefen aufwühlende Verfahren der Reichspräsidentenwahl wäre nicht zu rechtfertigen, wenn es nur zur Bildung einer repräsentativen Spitze dienen sollte.

Der erwünschte Zustand ist zweifellos der, daß das Kabinett das Vertrauen des Reichspräsidenten und des Reichstags besitzt. Um diesen Zustand herzustellen, ist aber Verantwortungsgesühl auf beiden Seiten notwendig. Wenn es vorhanden ist, wird die Verbindung nicht zu schwierig und das Präsidialkabinett wird zugleich ein Kabinett des Parlaments sein.

Henderson zum deutschen Anspruch

London, 16. Sept. Bei einem Frühstück des internationalen Friedensrats sagte Henderson in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Abrüstungskonferenz in einer Ansprache: „Die Abrüstungskonferenz darf nicht fehlschlagen. Deutschlands Aufrüstungsanspruch (Henderson meint den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung. D. Schr.) wird das gegenwärtige Büro und schließlich die Abrüstungskonferenz in ihre kritischste Lage bringen. Wenn Deutschland sich von der Konferenz zurückzieht, könnte es sich nach Meinung gewisser Leute in Europa entfremden. Sicherlich gibt es einen besseren Weg, der hoffentlich eingeschlagen werden wird. Darum sollten die verbündeten Mächte nicht sofort zusammentreten und anerkennen, daß das, was in ihrem Namen 1919 gesagt wurde, ihnen eine Verpflichtung

Tagespiegel

Reichspräsident v. Hindenburg hat dem Bischof der Evangelischen Landeskirche in Rumänien, Dr. Friedrich Teusch in Hermannstadt, zu dessen 80. Geburtstag mit herzlichsten Glückwünschen sein Bild übersandt. #

Reichskanzler v. Papen wird im Oktober zum Besuch nach München reisen.

Am Reichshaushaltplan sind nunmehr die Abstriche in Höhe von 110 Millionen Mark festgesetzt. Die Verteilung auf die einzelnen Ministerien wird als eine innere Angelegenheit der Verwaltung bezeichnet.

Sabotisch wird mitgeteilt, die Reichsregierung beabsichtigt nicht, bis eine oder zwei Wochen vor den Wahlen ein Versammlungs- und Kundgebungsverbot (Burgfrieden) zu erlassen.

Die DAZ, berichtet, die Reichsregierung habe die Marinewerft in Wilhelmshaven beauftragt, den Bau des Panzerkreuzers C in Angriff zu nehmen, nachdem die Abrüstungskonferenz keine praktischen Ergebnisse gezeitigt habe. Der Bau soll in vier Jahren beendet sein. — Die erste Bauteile für den Panzerkreuzer C war in dem noch von der Regierung Brüning aufgestellten Marinehaushalt eingeplant worden. Die Regierung halte aber die Einschränkung gemacht, daß der Bau vom Ergebnis der Abrüstungskonferenz abhängen solle. Nach dem Versailler Vertrag ist der Bau bekanntlich zulässig, da es sich um den Ersatz eines ausgemerkten Schlachtschiffs handelt.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei hat sich einstimmig für die Bildung eines nationalen Wahlbündes zur Unterstützung einer überparteilichen Regierung und des Präsidialprogramms ausgesprochen. Die letzten Ereignisse hätten Millionen von Wählern die Augen geöffnet, die bisher Nationalsozialisten und Zentrum gewählt hätten. Parteigründungen seien abzulehnen. Ein großer nationaler Aufmarsch müsse alle nationalen Kräfte in den Kampf für das Programm Hindenburg führen.

In dem SA-Appl im Zirkus Krone in München am Donnerstagabend richtete Adolf Hitler scharfe Angriffe gegen die Regierung Papen und gegen die Deutschnationalen.

Bei einer Durchsichtung des kommunistischen Parteihauses in Worms wurden Waffen aller Art gefunden.

Der französische Ministerrat hat am Freitag kurz vor der Kammer Sitzung dem Entwurf des Finanzministers betr. Umwandlung der Renten zugestimmt. Die neue Währungsanleihe wird zum Nennwert ausgegeben; sie soll in 75 Jahren getilgt sein.

aufgelegt, der sie sich nicht entziehen können? Warum sollen sie nicht öffentlich erklären, daß es ihre Absicht ist, diese Stellung der Minderwertigkeit zu beseitigen und in größtmöglicher Weise sofort die Gleichheit des militärischen Status zurückzugeben? In der Frage Deutschlands und der besiegten Staaten herrscht innerhalb der Konferenz zu einem großen Teil eine Ansicht zugunsten unverzüglicher Schritte zur Erfüllung des deutschen Anspruchs, so daß wir meiner Ansicht nach in der nächsten Woche mit unserer Arbeit fortfahren können in der Überzeugung, daß dies schließlich nur eine Frage in der Arbeit der Konferenz ist.“

Die deutsche Reichsregierung hat Henderson mitgeteilt, daß die Regierung zu den Sitzungen des noch Genf einberufenen Büros der Abrüstungskonferenz keinen Vertreter entsenden werde. Der Brief wurde am Freitag in Genf überreicht.

Das Schreiben an Henderson

Deutschland kommt nicht

Berlin, 16. Sept. Reichsaußenminister v. Neurath hat am 14. September an den Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Henderson, folgendes Schreiben gesandt: Der Führer der deutschen Abordnung in Genf hat am 23. Juli die Gründe dargelegt, aus denen die deutsche Regierung die bekannte Entschlüsse ablehnen mußte. Er hat die Erklärung abgegeben, daß sich die deutsche Regierung an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht beteiligen könne, bevor eine befriedigende Klärung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands erfolgt sei. Nachdem die Entschlüsse gleichwohl zur Annahme gelangt ist, steht schon jetzt fest, daß das künftige Abrüstungsabkommen außerordentlich weit hinter dem Entwaffnungsgrad des Versailler Vertrags zurückbleibt, und daß sie sich von diesem hinsichtlich der Art und Weise der Abrüstung wesentlich unterscheiden wird. Damit ist die Frage unmittelbar aktuell geworden, wie es mit der Anwendung des künftigen Regimes auf Deutschland werden soll. Nach Ansicht der deutschen Regierung kann nur die eine Lösung in

Betracht kommen, daß alle Staaten in bezug auf die Abrüstung denselben Regeln und Grundsätzen unterworfen werden, und daß für keinen Staat ein Ausnahmeregime gilt. Die deutsche Regierung hat sich inzwischen bemüht, eine Klärung der Frage der Gleichberechtigung auf diplomatischem Wege herbeizuführen. Leider muß festgestellt werden, daß diese Bemühungen bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern genötigt, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die deutsche Regierung der Einladung zu der am 21. September ds. J. beginnenden Tagung des Büros der Konferenz nicht Folge leisten kann.

Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, die am letzten Sonntag überreichte französische Note schriftlich zu beantworten. Sie bedauert, feststellen zu müssen, daß diese Note die Frage der Gleichberechtigung sowohl in ihren Voraussetzungen wie in ihren Folgen unrichtig aufweist, und daß sie in keinem wesentlichen Punkt eine Annäherung an den deutschen Standpunkt zeigt. Von einer Fortsetzung des Meinungsaustauschs auf dem Weg des Notenwechsels glaubt die Reichsregierung sich keine Förderung der Sache versprechen zu können. Selbstverständlich ist sie aber nach wie vor zu einem Meinungsaustausch auf dem Wege mündlicher diplomatischer Unterhaltungen bereit. Der Reichsaußenminister hat heute den französischen Botschafter empfangen und ihm eine entsprechende Mitteilung gemacht. Im gleichen Sinne sind auch die übrigen Regierungen verständigt worden, die von der Reichsregierung mit der Angelegenheit befaßt worden waren.

Frankreichs Quertreiberei

Berlin, 16. Sept. Die französische Regierung sucht ihre Politik, der Reichsregierung die Weiterverfolgung der Gleichberechtigungsfrage mit allen Mitteln zu erschweren, weiterzutreiben. Sie hat sich hinter die Bestimmungen des Versailler Vertrags und des Vertrauensabkommens verschützt, um eine Erörterung der deutschen Forderung im kleinen Kreis zu verhindern. Auch jetzt wieder wendet sie sich gegen den deutschen Wunsch, die Frage der Gleichberechtigung und der Teilnahme Deutschlands an den Beratungen des Büros der Abrüstungskonferenz in einem vertraulichen Meinungsaustausch zwischen den Regierungen der Hauptmächte, nämlich Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas, zu behandeln. Wenn zu diesen Beratungen andere Mächte hinzugezogen werden, würde der Zweck verfehlt. Dann würden sich die Beratungen nicht wesentlich von einer Behandlung der Frage im Bälterbundsrat unterscheiden.

Wie verlautet, würde das deutsche Mitglied des Bälterbundsrats gegen eine Behandlung der betreffenden Fragen im Bälterbundsrat Einspruch erheben und dadurch erreichen, daß dieser Punkt, wenn er überhaupt von irgendeiner Seite vorgebracht werden sollte, von der Tagesordnung abgelehrt werden müßte. Für unerträglich hält man hier die Möglichkeit, daß die Frage vor die Bälterbundsversammlung gebracht werden könnte. Die deutsche Abordnung würde die Behandlung dieser Frage in der Bälterbundsversammlung nicht zulassen.

Neue Nachrichten

Einberufung des Untersuchungsausschusses

Berlin, 16. Sept. Abg. Löbe hatte gestern, wie bereits kurz berichtet, als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses eine Unterredung beim Reichskanzler nachgesucht. Der Reichskanzler erklärte ihm, daß weder er, noch ein anderes Mitglied der Reichsregierung einer Vorladung als Zeugen Folge leisten werden, solange der Reichspräsident Göring nicht zugebe, daß die bekannten Beschlüsse des Reichstags unrechtmäßig seien. Löbe ersuchte den Kanzler um sein Erscheinen; besondere Ladungen sind nicht mehr beabsichtigt. Der Standpunkt Görings wird nur noch von den Nationalsozialisten und den Kommunisten vertreten. Die Aussicht, daß Göring seinen Standpunkt ändern wird, ist gering, nachdem er durch den Abg. Frank 2 eine Beleidigungsklage gegen den Reichskanzler hat erheben lassen. Eine neue Sitzung des Ueberwachungsausschusses beschlossenen Untersuchungsausschusses soll nach DZ. nicht vor nächsten Mittwoch zu erwarten sein.

Falsche Behauptungen

Berlin, 16. Sept. Antlich wird die Behauptung der nationalsozialistischen Presse, das Reichsministerium für Jugendberufshilfe beabsichtige, den einzelnen angeschlossenen Verbänden Instrukteure für die Ausbildung der Jugendlichen vorzusetzen, für unbegründet. Gegenüber einer Heufierung des Reichspräsidenten Göring im Ueberwachungsausschuss wird mit Nachdruck betont, daß es in Deutschland keine Zeitung gebe, die von der jetzigen Regierung mit Geld unterstützt werde.



Brandschadenumlage 1932

Nach der Verordnung des Innenministeriums vom 5. Dezember 1931 ist bei der Zahlung der Umlage nach dem 1. Mai 1932 ein Zuschlag von 5 Prozent und bei Zahlung nach dem 1. Oktober 1932 ein solcher von 10 Prozent der Schuld aufzurechnen. Erleichterte Bestimmungen sind bis heute nicht ergangen. Es liegt im Interesse der Schuldner, ihre Rückstände noch in diesem Monat zu begleichen.

Den 17. September 1932.

Stadtpflege.



Freiwillige Feuerwehr Wildbad



Am Sonntag den 18. ds. Mts., früh 7.30 Uhr, rückt die Weckerlinie und die gesamte Feuerwehr ohne Stab zur

Schulübung

aus. Feuerwehrkommando.

Sprollenhaus.

HOCHZEITS-EINLADUNG.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, sowie Schulkamerädinnen und Schulkameraden zu unserer am Sonntag den 18. September 1932 stattfindenden

HOCHZEITS-FEIER

in das Gasthaus zur Krone in Sprollenhaus freundlichst einzuladen und bitten dieses als persönliche Einladung betrachten zu wollen.

Anton Rau
Mina Neuweiler.

Kirchgang 3 Uhr.

SCHIEDMAYER

Stuttgart

Pianoforte-Fabrik / Eingang unter der Uhr
zu den Verkaufsräumen mit den 5 Schaufenstern nur in

Neckarstr. 12 Eckhaus

Tel. 268 41-42

Tausch, Stimmungen

Miete Geb. Instrumente

Teilzahlungen

Flügel Pianinos Harmonium

Weltber. Tonschönheit und Dauerhaftigkeit



Liederkranz Wildbad

Der Verein unternimmt am Sonntag, den 2. Oktober eine

Autofahrt nach Baden-Baden

zum Gegenbesuch des RWB. „Aurelia“. Die Fahrt geht über Besenfeld, Murgtal, Schwarzenbachtalperre, Herrenwies, Kurhaus Sand, Bühl; Heimfahrt über Schloß Eberstein, Herrenalb, Döbel und werden die verehrlichen Ehren-, passiven und aktiven Mitglieder mit Angehörigen zur Teilnahme herzlich eingeladen.

Der ermäßigte Preis für Hin- und Rückfahrt beträgt Mark 2.80 pro Person. Mittagessen im Aurelia-Haus Baden-Baden, doch ist Teilnahme an demselben freigestellt.

Interessenten werden gebeten, sich bei Sangesbruder H. Ueberle, König-Karlstraße, unter Hinterlegung des Fahrgeldes, anzumelden. Jede gewünschte Auskunft wird dort selbst bereitwilligst erteilt.

Meldefluß Mittwoch abend, den 28. September.

Die Fahrt ist nur für Mitglieder, Nichtmitglieder, ebenso Kinder unter 10 Jahren, können nicht daran teilnehmen.

Die Vorstandschaft.

Denken Sie jetzt daran

Ihre Herbst- und Winterkleider in Stand zu setzen und lassen Sie sie chemisch reinigen im Chemischen Reinigungswerk A. Altvater, Wildbad.

Sie erhalten Ihre chem. gereinigten Kleider innerhalb 24 Stunden wieder weil die Arbeit hier am Platze ausgeführt wird, durch die neueste Anlage auf diesem Gebiete, die beste, rascheste und billigste Arbeit gewährleistet.

Beachten Sie bitte mein Schaufenster, in dem ab heute chem. gereinigte Gegenstände ausliegen und überzeugen Sie sich davon wie einwandfrei meine Anlage arbeitet.

Statt persönlicher Einladung!

Modenschau

in den Räumen
des Hauses Knopf

Schon immer war diese Veranstaltung unseres Hauses für jede modisch eingestellte Dame ein Ereignis; aber wohl noch nie dürfte eine Modenschau bei uns so interessant gewesen sein, wie in diesem Jahre. Wir zeigen diesmal neben den geschmackvollsten Modellen modischer Kultur auch entzückende Neuheiten, die es selbst bei den geringsten Mitteln jeder Dame sehr leicht machen, der neuen Mode Rechnung zu tragen.



KNOPF

PFORZHEIM

Vorführung am Mittwoch, den 21., und Donnerstag, den 22. September, nachmittags von 3-5 Uhr, im 4. Stock unseres Hauses. Der beliebte Schauspieler Erwin Erdmann wird die Ansage übernehmen und Sie in Verbindung mit dem Pforzheimer Symphonie-Orchester auf das Angenehmste unterhalten.

Interessieren Sie die
jetzt maßgebenden
außergewöhnlich niedrigen
Möbelpreise
der bekannten

Trefzger
MOBEL ?

Ein Besuch bei uns orientiert
rasch und gründlich

Pforzheim / Schloßberg 19

Süddeutsche Möbel-
Industrie
Geb. Trefzger
G. m. b. H., Rastatt

Verkaufsstellen:
Konstanz, Freiburg, Karlsruhe
Rastatt, Stuttgart, Mannheim
Frankfurt a. M., Pforzheim

5 rm buchenes
Brennholz
u. 1 Dvalfaß
neu, 200 Liter, weiß entbehrlich
billig abzugeben.

Wer, sagt die Tagblatt-
Geschäftsstelle.

Steuerberatung
Forderungseinzug
Verträge aller Art
Beratung in allen rechtl.
Angelegenheiten

Robert Schüle
Notar-Prakt.
Wildbad
Lalenbergstr. 44.

Nur kurze Zeit bis 20. Sept.!
Gelegenheitskauf

in
ff. Offenbach. Lederwaren, Koffer, Geldbeutel usw.
Moderne Damen-Taschen
mit 20 Prozent Rabatt!

Ausverkauf in Damengürtel zu außergewöhnlich
billigen Preisen von 25 Pfg. an.

R. Pfannstiel, Wilhelmstr. 23.

Saisonschluß!

Villa Mathilde

Ortsgruppe der Kinderreichen
Wildbads.

Morgen Sonntag, den 18. September, nachmittags 2 Uhr,
findet im Vereinszimmer der Turnhalle eine außerordentliche

Generalversammlung

statt. J. A. des Landesverbandsvorstands:
Bücher, Bezirksleiter.

Kommunistische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Wildbad.

Heute Samstag, den 17. September 1932, abends 8 Uhr,
findet im Saal des Hotel „Metropol“ eine

öffentliche Versammlung

statt. Genosse Alfred Grade, Chefredakteur der „Süddeutschen
Arbeiterzeitung“, spricht über:

„Die Arbeiterklasse in der neuen politischen Situation“
Arbeiter und Arbeiterinnen! Kleingewerbetreibende!
Antifaschisten! Der neue Anschlag auf Euer Lebensrecht be-
dingt, daß ihr in diese Versammlung kommt und ausführ-
liches über die letzte Rotverordnung hört.

Freie Diskussion!

Kein Trinkzwang!